

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

11.12.1931 (No. 289)

Expedition:
Karlsruher
Stroße Nr. 14
Telefon Nr. 954
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3016

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Sonntags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipierte Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Stroße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Kuppierung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Berein Gefallenen-Gedenkstiftung
der Deutschen Studentenschaft

Amtlich wird uns zu dem Artikel in der Badischen
Presse Nr. 569 vom 6. Dezember 1931 mit der über-
schrift 'Badisches Kultusministerium und Deutsche Stu-
dentenschaft' folgendes mitgeteilt:

Am 8. April 1930 wurde in Berlin der 'Berein Gefal-
lenen-Gedenkstiftung der Deutschen Studentenschaft' als
eingetragener Verein gegründet. Nach § 2 der Satzungen
hat der Verein den Zweck, 'besonders begabten und für
das Ausland interessierten Studenten durch Gewährung
von Mitteln die Möglichkeit zum Studium an den Hoch-
schulen des Auslandes zu geben'.

In einem Schreiben des Vorstandes des Vereins Gefal-
lenen-Gedenkstiftung vom 24. Juli 1930 wurde das badi-
sche Ministerium des Kultus und Unterrichts gebeten,
von den Studierenden der badischen Hochschulen einen
Semester-Zwangsbeitrag von 0,25 M für die Gefalle-
nen-Gedenkstiftung zu erheben. Die Bitte des Vorstandes
wurde abgelehnt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Bezeichnung 'Gefallenen-Gedenkstiftung', aus
der man auf die Errichtung eines Denkmals oder eines
andern Andenkens an die im Weltkrieg gefallenen Stu-
denten schließen könnte, entspricht nicht dem oben angege-
benen Zweck des Vereins.

2. Es ist nicht zu vertreten, alle Studierende der badi-
schen Hochschulen, unter denen sich viele Bedürftige und
Arme befinden, zu zwingen, einen Beitrag zu leisten zu
dem Zweck, daß einigen für das Ausland interessierten
deutschen Studenten die Möglichkeit zum Studium an
den Hochschulen des Auslandes gegeben wird. Solche
Mittel zu beschaffen muß der privaten Initiative über-
lassen werden.

Diese Auffassung des badischen Unterrichtsministe-
riums ist nicht erst vertreten worden, als Minister a. D.
Dr. Kemmele Unterrichtsminister war, sondern wurde
schon früher und wird auch heute noch von der Unter-
richtsverwaltung geteilt.

Die Finanzlage des Reichs
Dietrichs Ausführungen im Ausschuß

Reichsfinanzminister Dietrich machte, wie gemeldet, am
Donnerstag vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages län-
gere Ausführungen über die Finanzlage des Deutschen Reichs
und zur Notverordnung. Das durch Steuerausfälle usw. im
Reichsetat entstandene neue Loch von 400 bis 450 Millionen
Reichsmark wird durch die finanzpolitische Maßnahme der Not-
verordnung gedeckt, ein Teil aus dem Ringbesch mit 170
Millionen. 60 Millionen Reichsmark durch Sparmaßnahmen,
50 Millionen Reichsmark durch neue Gebälksklärung und 120
Millionen Reichsmark durch erhöhte Umsatzsteuer für die Mo-
nate Januar und Februar. Weiter 50 Millionen werden aus
der Vorlegung der Einkommensteuervorauszahlungen um
einen Monat gewonnen.

Zu den Maßnahmen gegen die Kapitalflucht erklärte der
Minister: Dem Ministerium sind die Personen bekannt, die
große Vermögen besitzen und ihren Wohnsitz ins Ausland ver-
legt haben, die sich aber nicht scheuen, in Deutschland herum-
zulaufen und sich mit ihrer 'Schlaueit' brüsten. Wir sind ent-
schlossen, diese Personen, wenn sie nach Deutschland kommen
und nicht das in der Notverordnung als Fluchtsteuer festge-
legte Viertel ihres Vermögens zahlen, rücksichtslos verhaften
zu lassen. Die meisten werden es wohl vorziehen, mit Rück-
sicht auf ihre Wirtschaftsinteressen im Inland wieder mit
ihrem Kapital ins Vaterland zurückzukommen. Wer das nicht
will, der soll Deutschland endgültig den Rücken kehren und sich
nicht mehr bei uns blicken lassen.

Die Beamtenbesoldung sei durch die Verordnungen um über
20 Prozent gekürzt worden. In den unteren Gruppen hat
der Beamte im Vergleich zu 1913 nur noch den Kinderzuschlag
mehr als früher, trotz der wesentlich teurer gewordenen Le-
benshaltung. Bei den mittleren Gruppen ist gegen 1913 das
Einkommen auf 96 Prozent und bei den höheren Gruppen auf
88 Prozent gesunken. Wir haben uns zu diesen harten Maß-
nahmen aus der Zwangslage heraus entschließen müssen, um
der Gefahr zu begegnen, daß die Gehälter überhaupt nicht
mehr ausbezahlt werden können.

Seit November v. J. habe Deutschland nicht einen einzigen
Pfennig mehr vom Auslande geborgt, und trotzdem seien wir
durchgekommen. Die Überbrückung des 1. Januar sei ge-
sichert; unferne Zinsverpflichtungen werden wir auch nach-
kommen können.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag die Ausprägung
von weiteren 100 Millionen Reichsmark Reichsilbermünzen im
Nennwert von 5 M. Es wurde ein bahrischer Antrag ange-
nommen, der eine Beteiligung der Länder an den Münzge-
winnen verlangt. Die Münzgewinne des Reiches betragen in
diesem Jahre 370 Millionen Reichsmark. — Als neuer Stich-
tag für die Berechnung der Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen
in den Gemeinden, nach der die Reichshilfe festgesetzt wird,
wurde der 1. Oktober 1931 festgesetzt.

Letzte Nachrichten

Vorab gegen Verlängerung
des Hoover-Jahres

Weil Europa seine Angelegenheiten nicht ordnet
W.B. Washington, 11. Dez. (Tel.) Der Vorsitzende des
Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator
Borah, gab gestern eine Erklärung ab, in der er sich gegen
die Verlängerung des Hoover-Feierjahres und
gegen eine Revision der Kriegsschulden auf
Grund der Zahlungsfähigkeit der Schuldner aussprach.

Er erklärte, Europa habe es bisher unterlassen, das Mora-
torium zu beenden, um seine Angelegenheiten in Ordnung zu
bringen, die es in Ordnung bringen müsse, bevor wirtschaftliche
Erholung möglich sein würde. Eine Neuernennung des
Ausschusses für auswärtige Schulden sei nicht am Platze, da
dieser nichts zu tun haben würde. Ich vermag kein Zeichen zu
entdecken, so sprach Borah, daß Europa beabsichtigt, seine Mit-
tungen zu mindern. Wir haben die Kriegsschulden bereits her-
abgesetzt und auf ungefähr sieben Milliarden Dollar vermindert.
Angesichts der gegenwärtigen Politik Europas würde eine Neu-
regelung auf Grund der Zahlungsfähigkeit auf eine allge-
meine Streichung der Schulden hinauslaufen.

Sir John Simon zur Abrüstung

W.B. London, 11. Dez. (Tel.) In einer gestern bei einem
Frühstück gehaltenen Rede kam der englische Staatssekretär des
Auswärtigen, Sir John Simon, auf die Abrüstungskonferenz zu
sprechen. Er betonte, daß mit diesem Problem eine ganze An-
zahl anderer meist finanzieller Probleme, wie z. B. der Repara-
tionen usw., verbunden seien. Es werde eine sehr großzügige
Behandlung aller dieser Probleme nötig sein, wenn irgend-
eines gelöst werden solle. Die wirksame Bekämpfung der Mit-
tungen werde in erheblichem Maße von dem Grade abhängen,
in dem die rein technischen Fragen mit den anderen Fragen
in Verbindung gebracht werden.

Der Reichskommissar für Preisfestsetzung

Dr. Goerdeler über seine Tätigkeit

W.B. Berlin, 11. Dez. (Tel.) Der Leipziger Oberbür-
germeister Dr. Goerdeler, der bekanntlich zum Reichskommissar
für die Preisfestsetzung ernannt worden ist, äußerte sich über
seine Aufgabe Pressevertretern gegenüber etwa wie folgt:

Er betonte, daß er nicht als Preisfestsetzungskommissar, sondern
eher als Überwachungskommissar zu betrachten sei. Er wolle, daß
die in der neuen Notverordnung gegebenen Preisfestsetzungen
sich auch tatsächlich bis zum Verbraucher hin auswirken. Die
Aufgabe bestehe also darin, die sinngemäße Durchführung der
Notverordnung bis zum Verbraucher hin zu überwachen und
einen nach den neuen Bestimmungen gerechten Preis für den
Verbraucher zu erzielen. Weiter unterstrich Dr. Goerdeler, daß
nicht an eine Milderung in der Zeiten der Kriegs- und Nach-
kriegswirtschaft gedacht sei. Seine Aufgabe bestehe nicht in
Zwangswirtschaft irgend welcher Art.

Die deutsche Volkswirtschaft steht, so fuhr Dr. Goerdeler fort,
vor zwei Möglichkeiten: Entweder trotz aller Vorgänge drinnen
und draußen den Anstoß an den Weltmarkt zu behaupten.
Das ist nur möglich durch denkbare niedrige Preise, die in Basel
bereits als Hungerpreise bezeichnet worden sind. Oder wir
müssen uns auf den Binnenmarkt umstellen. Das bedeutet aber
eine gewaltige Einschränkung der Ausfuhr. Wohin also man
immer blickt, ist gerade unserem Volke in der gegenwärtigen
internationalen Lage eine bescheidene Lebenshaltung aufge-
zwungen.

England

und der französische Einfuhrzuschlag

W.B. London, 11. Dez. (Tel.) 'Morning Post' will wissen,
daß die britische Regierung gestern vormittag dem französischen
Botschafter in London eine weitere Note zugestellt hat, in der
sie die Forderung nach Aufhebung des 15prozentigen französi-
schen Einfuhrzuschlags wiederholt. Der Wortlaut der neuen
Note sei energischer als der der ersten und habe eher den
Charakter einer Forderung als eines Ersuchens. In engeren
französischen Regierungskreisen werde ihr Ton 'als ungewöhn-
lich lebhaft' bezeichnet und die Sorge wird geäußert, daß
ein so energischer Schritt vielleicht eine dem Guten entgegen-
gesetzte Wirkung haben werde.

Rücktritt der japanischen Regierung

W.B. Tokio, 11. Dez. (Tel.) Das Kabinett ist
zurückgetreten. Die Krise scheint mehr durch finan-
zielle und wirtschaftliche Ursachen als durch die
diplomatische Lage beschleunigt worden zu sein. Es ist nicht
wahrscheinlich, daß die Politik Japans gegen-
über China eine Änderung erfährt.

17. Dezember Lohnverhandlungen
im Ruhrbergbau

W.B. Essen, 11. Dez. (Tel.) Es steht jetzt fest, daß der be-
reits in Aussicht genommene Termin für die Lohnverhand-
lungen im Ruhrbergbau bestehen bleibt. Die Verhandlungen
beginnen am 17. Dezember gegen 10½ Uhr beim Zechenver-
band. Am Nachmittag tritt der Zechenverband mit den Ar-
beitnehmerverbänden für einen neuen Angestelltenarbeits-
vertrag zusammen.

Zamora zum Präsidenten der spanischen Republik gewählt.
Alcala Zamora ist von den spanischen Cortes am Donnerstag
mit 362 von 410 Stimmen zum Präsidenten der Republik ge-
wählt worden.

Wirtschaftliche Umschau

Die Not der süddeutschen Landwirtschaft — Forderungen
der Bredelungsproduktion — Bier und Wein — Die
Zinsenkung

Mit der besonderen Not der süddeutschen Landwirt-
schaft befaßte sich vor acht Tagen in München eine Kund-
gebung der Landwirtschaftskammern von Bayern, Würt-
temberg, Baden, Hessen und Sachsen, und das Ergebnis
war ein Hilferuf an die Reichsregierung. Zur Behebung
der Wirtschafts- und Kapitalnot wurde vor allen Dingen
ein Vollstreckungsschutz verlangt. Bekanntlich hat auch
schon, wie feinerzeit mitgeteilt, die badische Regierung
schriftliche und mündliche Vorstellungen in Berlin er-
hoben, um einer drohenden Katastrophe auf dem Grund-
stückmarkt angeht, der immer größeren Zunahme der
Zwangsvorsteigerungen von landwirtschaftlichen Grund-
stücken entgegenzutreten. Die Vorstellungen der süddeut-
schen Regierungen — denn auch Bayern und Württem-
berg haben sich angeschlossen — haben zu den nun in der
Notverordnung veröffentlichten Maßnahmen der Reichs-
regierung geführt. Die süddeutsche Landwirtschaft hat
bereits auch allgemeine Klagen gegen das zweierlei Maß,
mit dem die Landwirtschaft des Ostens und des Westens
behandelt werde, kürzlich geäußert, indem Direktor Dr.
Engelberg von der Badischen Landwirtschaftskammer
darauf hinwies, daß zugunsten der süddeutschen und west-
deutschen Landwirtschaft bei weitem nicht solche Eingriffe
erfolgten wie anlässlich der Osthilfe. Auch der Süden
werde bald da stehen, wo der Osten stehe. Dort im Osten
aber handele es sich nur um eine geringe Zahl von Be-
trieben, vor allem Großbetriebe, während die Grundlage
der deutschen Landwirtschaft doch letzten Endes der
Bauernstand bilde, von dem Tausende von Betrieben be-
droht seien.

Auf dem Gebiet der Erzeugerpreise hat die Landwirt-
schaft, zumal die süddeutsche bäuerliche, ihre außerordent-
lich schweren Nöte. Gewiß sind angesichts der auf einem
katastrophalen Stand verharrenden Weltmarktpreise für
Getreide die Zölle ein wirksamer Schutz. Aber gerade für
zwei Körnerarten, die für Süddeutschland in Betracht
kommen, für Hafer und Braugerste — bei Braugerste
handelt es sich um Sommergerste von besonders guter
Qualität — sind die Erzeugerpreise und die Absatzmög-
lichkeiten außerordentlich unbefriedigend. In diesen bei-
den Körnerarten ist Süddeutschland ein Überflußgebiet,
während es, als Ganzes genommen, in Weizen und Rog-
gen eines Zuzusses bedarf. (Wie übrigens bekanntlich
gerade die bäuerlichen, auf hochentwickelte Grünland-
wirtschaft eingestellten Betriebe ihr meistes Brotgetreide
zukaufen müssen.) Deshalb wurde eine sofortige Ab-
lösung der Stützungsaktion der Kartoffelflocken durch
eine Stützungsaktion für Inlandgerste gefordert, so
daß an Stelle des Bezugs von Kartoffelflocken der Be-
zug von Inlandgerste nachgewiesen werden könnte. Fern-
er wurde eine weitgehende Frachtermäßigung für süd-
deutsche Gerste nach den nordwestdeutschen Schweinemast-
gebieten verlangt.

Lagen die Dinge bei der landwirtschaftlichen Bredelungs-
produktion in Süddeutschland so wie beim Brot-
getreide (Roggen und Weizen), dann könnte man wenig-
stens von einer leidlich erträglichen Situation sprechen.
Besonders schlimm ist aber die Lage in der Viehwirt-
schaft. In den großen süddeutschen auf Rinderzucht und
Milchwirtschaft eingestellten Gebieten war die Steuernte
zwar gut, die Schinderte aber sehr schlecht, und die Bau-
ern, die vielfach sich sehr starke Viehbestände zugelegt
haben, müssen nun ihr Vieh um jeden Preis abstoßen.
Die Viehpreise sind überall ganz außerordentlich tief ge-
sunken, ohne daß die Fleischpreise ihnen durchweg nach-
gefolgt sind. Deshalb wurde hier einmal eine Senkung
der Zwischenspanne verlangt. (Zunehmend stehen die
Fleischpreise im Kleinhandel zum Teil weit unter dem
Vorkriegspreis, was aus einer an anderer Stelle des
Blattes wiedergegebenen Zusammenstellung der Karls-
ruher Wochenmarktpreise ersichtlich ist.) Zum zwei-
ten wird aber darauf hingewiesen, daß Vieh- und Fleisch-
einfuhr keine Rolle spielen und demgemäß auch Zölle
nichts helfen können, weil die vorhandenen Inland-
bestände den Bedarf übersteigen. Es ist deshalb hier
auch nicht früher eine Hilfe zu erwarten, als bis sich der
deutsche Viehbestand dem Bedarf wieder angepaßt hat.
Es ist übrigens damit zu rechnen, daß spätestens Ende
kommenden Jahres für die Landwirtschaft bessere Ver-

hältnisse eintreten, weil bis dahin auch von selbst sich der Viehbestand entsprechend verringert haben wird. Mit der Viehwirtschaft hängt die Milchwirtschaft aufs engste zusammen. Seiner Einnahmeausfall in diesem Jahr berechnet allein das bayerische Allgäu auf fast 24 Millionen Reichsmark, und ähnlich wird es wohl in den anderen süddeutschen Milchherzeugungsgebieten liegen. Hier wird vor allen Dingen eine Erhöhung des Butterzollses und eine Kontingentierung der Einfuhr ausländischer Produkte durch entsprechende Sandhabung der Devisenverordnung verlangt. Ebenso Senkung der Frachttarife für Vieh- und Wollereiprodukte. Auf dem Buttermarkt werden die deutschen Meiereien ständig von Dänemark und Schweden unterboten, die ihre Produktion in England nicht mehr unterbringen können. Auf dem Berliner und Hamburger Markt beträgt der jetzige Engrospreis für Butter nur noch rund 80 Proz. des Standes von Ende November 1913. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß handelspolitische Maßnahmen ihre Gefahren haben, denn gerade Holland und Dänemark nehmen ein Mehrfaches im Wert der deutschen Ausfuhr ab, als sie nach Deutschland an Agrarprodukten einführen.

Weitere Forderungen der süddeutschen Landwirtschaft beschäftigen sich, wie mitgeteilt, mit der katastrophalen Lage des Waldbesitzes, zumal der Wald die einzige Reserve vieler bäuerlichen Wirtschaften darstellt. Es wurde verlangt: Einschränkung der überflüssigen Holzeinfuhr, evtl. ein Holzeinfuhrmonopol, Senkung der Reichsbahn-tarife, Verwendungsabgabe für deutsches Holz, Bevorzugung des Holzhausbaues.

Der verringerte Bierausstoß der Brauereien, hervorgerufen einmal durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit und zum anderen durch die Überbesteuerung des Bieres hat gleichfalls die Lage der süddeutschen Landwirtschaft außerordentlich verschlimmert. Wie aus den kürzlichen Mitteilungen der Organisation der badischen Brauereien hervorgeht, ist der durchschnittliche Abjagrückgang an Bier von 40,8 im letzten Kalenderjahr im Reich, in Baden und Hessen mit 52 Proz. weit überholt worden und beträgt in unserem Grenzland zum Teil sogar bis zu 80 Proz. Dieser Rückgang muß natürlich die süddeutsche Landwirtschaft, die Überduschgebiet an hochwertiger Brauerzeugnisse ist und außerdem fast den ganzen Hopfen für Deutschland erzeugt, schwer treffen. Beträgt auch die badische Hopfenherzeugung nur einen Bruchteil der deutschen Hopfenherzeugung (mehr als vier Fünftel entfallen auf Bayern), so handelt es sich doch auch hier um ein wichtiges Handelsgewächs, durch dessen katastrophale Preisentwicklung viele badische Landwirte sehr schwer betroffen sind, zumal auch das schlechte Erntenergebnis die Qualität außerordentlich verminderte. Hier kann nur eine radikale Verringerung der Anbaufläche in Deutschland, die jetzt 15 000 Hektar beträgt, helfen, und der bekannte bayerische Bauernführer, Dr. Heim, verlangt ihre Verringerung auf 6000 Hektar, wobei den Landwirten eine Entschädigung von 600 RM pro Hektar (im ganzen wären 3,6 Millionen Reichsmark erforderlich) zu geben wären. Da es sich bei den Hopfenböden fast durchweg um beste Kulturböden handelt, wäre die Umstellung durchaus wirtschaftlich, während die jetzige Stützungsaktion, indem das Reich für eineinhalb Millionen Reichsmark die Reste der diesjährigen Hopfenenernte aufgekauft hat, nur eine Augenblickshilfe ist, da der Hopfen nicht wie der amerikanische Weizen verbrannt werden kann und im nächsten Jahr wieder auf den Markt kommt und preisdrückend auf die Ernte 1932 wirken wird. Gersten- und Hopfenbau verlangen außerdem eine entsprechende Senkung der Biersteuer.

Die weinbauende Landwirtschaft wendet sich übrigens gegen die Behauptung, daß der Weinbau etwa von dem Rückgang des Bierkonsums in gewissen Bezirken wirklich profitiert habe. Von einer ernststen Konkurrenz des Weins gegen das Bier könne deshalb, wenigstens allgemein, nicht gesprochen werden, weil einem Weinkonsum in Deutschland in Höhe von 2½ bis 3 Millionen Hektoliter ein Bierkonsum von fast 50 Millionen Hektoliter gegenüberstehe. In gewissen Weinregionen sei es weniger die Konkurrenz des Weines, die für den Rückgang des Bierkonsums verantwortlich zu machen sei, als das starke Absinken der Kaufkraft der Bevölkerung, die unter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen eben ihren Wein verkauft und dafür häufig selbst Bier getrunken habe.

Nachdem die Notverordnung doch die sehr umstrittene Zwangsverwertung aller im Inland begebenen öffentlichen und privaten Anleihen, Pfandbriefe, Obligationen und Hypotheken unter Abkehr vom bisherigen Prozenteigenen Typ auf einen neuen Prozenteigenen Normaltyp bringt, muß sich auch der Geldmarkt diesem neuen Latbestand, der nun auf dem innerdeutschen Kapitalmarkt eintritt, anpassen. Die deutsche Notenbank, die Reichsbank, ist deshalb zu der gemeldeten Diskontermäßigung geschritten, um den Anstoß des Geldmarkts an die veränderte Kapitalmarktlage zu ermöglichen. Der Reichsbankpräsident hat die Maßnahme damit begründet, daß nun ein gesicherter Haushaltsplan vorhanden sei, und daß die tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung jedenfalls deren Willen bekunden, die finanzpolitischen und wirtschaftlichen Grundlagen für die Aufrechterhaltung der Währung zu sichern. Die Reichsbank habe alle Möglichkeiten prüfen müssen, die in der Entwicklung liegenden preisrückenden Tendenzen zu

unterstützen, und die Möglichkeit einer Senkung des Diskontsatzes um 1 Proz. und des Beleihungssatzes um 2 Proz. gefunden.

Im Anschluß daran haben die Bankenorganisationen Beschlüsse über die Ermäßigung der Bankzinsen gefaßt. Die Kontoforrentschulden werden nicht nur um die 1prozentige Reichsbankdiskontermäßigung, sondern außerdem noch um 1 Proz. entlastet, womit der Zustand wieder hergestellt wird, der vor der Bankenkrisis bestand. Die Bankzinsen sind ja damit immer noch reichlich hoch, da noch die verschiedenen Nebenbesen hinzukommen. Bisher stand der Sollzinsfuß 2 Proz. über dem Reichsbankdiskont, nun ist diese Spanne auf 1 Proz. ermäßigt worden, so daß er gegenwärtig 8 Proz. beträgt. Im übrigen beraten nun die Organisationen der Banken, Sparkassen und Genossenschaften über die weiteren Maßnahmen zur Zinsenkung. Sie werden voraussichtlich aufgefordert, dem Reichskommissar für das Bankgewerbe Bericht zu erstatten. Dieser hat das Recht, etwaige Beschlüsse gegen Außenleiter für verbindlich zu erklären.

Um die heftigste Regierungsbildung

Die nationalsozialistischen Forderungen
Als Mindestforderungen der Nationalsozialisten für eine Beteiligung der NSDAP an der heftigsten Regierung wurden folgende Punkte beantragt:

Die Zahl der heftigsten Minister wird auf einen, den Staatspräsidenten, beschränkt. Er wird von der NSDAP gestellt. Sämtliche Staatsstellen werden gestrichen. Die heftigste Gesamtheit beim Reich wird sofort aufgehoben und durch eine mit einem Herrn besetzte Geschäftsstelle ersetzt. Alle Parteibuchbeamten ohne die vorgeschriebene Fachbildung werden sofort ohne Rücksicht entlassen. In der Zentralverwaltung werden — im Sinne des Gutachtens des Reichsparteikommis-sars — zahlreiche Funktionen teils abgebaut, teils auf die mittleren Behörden übertragen. Das Gehalt des Staatspräsidenten wird auf 12 000 M festgesetzt, ebenso alle Höchstgehälter und Pensionen in Staat und Gemeinden. Die Zahl der Landtagsabgeordneten wird auf 30 herabgesetzt. Die Bezüge der Landtagsabgeordneten werden auf den Satz der wirklichen Ausgaben herabgesetzt. Weiter werden Forderungen zur Kultur- und Schulpolitik und zur Außenpolitik erhoben.

Die Antwort des Zentrums

In der Antwort des Vorsitzenden der heftigsten Zentrumsfraktion heißt es u. a.:

„Die Zentrumsfraktion hat sich in Reich und Ländern, ihrem Charakter als Verfassungspartei getreu, jederzeit verpflichtet gefühlt, in Regierungen mit Parteien zusammenzuwirken, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohl des gesamten Volkes dienen wollen. Unsere klare und positive Grundeinstellung macht jede weitere allgemeine Erklärung über parteimäßige Voraussetzungen überflüssig.“

Die Zentrumsfraktion muß eine Zusammenarbeit mit der NSDAP an folgende Bedingungen knüpfen, ohne deren Erfüllung weder die Verfassung gewahrt, noch die öffentliche Ordnung gesichert bliebe! Die NSDAP, dessen berüchtigt öffentlich, daß sie auch während ihrer Mitwirkung in der Regierung die Legalität in all ihren Handlungen wahren, allen Rufschändern entgegenzutreten und andere als die Machsinstrumente des Staates nicht bilden wird.

Die ersten Punkte der nationalsozialistischen Forderungen wollen Vereinfachung und Verkürzung des Gesetzgebungs-, Regierungs- und Verwaltungsapparats. Das hat die Zentrumsfraktion im Rahmen der Verfassung jederzeit angestrebt. Sie ist also bereit, über diese Punkte in Verhandlungen einzutreten und an ihrer Durchführung mitzuwirken, soweit nicht Vorschriften der heftigsten Verfassung oder der Reichsverfassung entgegenstehen.

Was die vorgeschlagene Regelung der Stellung des Staatspräsidenten und der Ministerien anlangt, so wird gesagt: Sollte sich eine Regelung dieses Vorschlags treffen lassen, die mit der heftigsten Verfassung in Einklang gebracht werden kann, so würde eine solche Neuerung auch eine Folgerung haben. Der Staatspräsident müßte dann parteipolitisch unabhängig sein. Ferner wird auf die kulturellen Richtlinien der heftigsten Zentrumsfraktion verwiesen. Damit sei auch die Stellung des Zentrums gegenüber der marxistischen Kulturauffassung gegeben. Es lehne Kassen- und Klassenhaft ab. Die Zentrumsfraktion tritt ferner mit der gegenwärtigen Reichsregierung für eine Politik ein, die dem deutschen Volke innere und äußere Freiheit, Zukunftsentwicklung und Weltgeltung schaffen und sichern wird.“

Kein Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten. Zu der Meldung eines Berliner Blattes, wonach Adolf Hitler heute vom Reichspräsidenten empfangen werden soll, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß ein solcher Empfang nicht beabsichtigt ist, und daß Hitler auch kein derartiges Ersuchen gestellt hat.

Die „Berliner Börsenzeitung“ ist vom Polizeipräsidenten auf acht Tage verboten worden, und zwar wegen eines Artikels, der den Konflikt des Innenministers Sebering mit den Polizeioffizieren behandelte.

Ein nationalsozialistischer Funktionär in Schweden verhaftet. Der deutsche Hauptmann a. D. Meyer, der von der Nationalsozialistischen Partei den Auftrag erhalten hatte, in Schweden eine Sektion der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu gründen, wurde von der Stockholmer Polizei verhaftet.

Das Stockholmer Nobelfest. Im großen Saal des Stockholmer Konzerthauses wurde am Donnerstagabend das diesjährige Nobelfest in Gegenwart des Königs gefeiert. Die deutschen Gelehrten Rolf, Bergius und Warburg nahmen die Nobelpreise aus der Hand des Königs entgegen. — Die diesjährigen Nobelpreisbeträge sind die höchsten, die je verteilt worden sind, und belaufen sich auf je 178 206 Kronen. Im ersten Nobelpreisjahr betragen die einzelnen Summen 150 782 Kronen, im Jahre 1923 nur 114 955 Kronen. Von den insgesamt verteilten Preisen sind 4 760 961 Kronen deutschen Gelehrten zuerkannt worden, an zweiter Stelle folgt Frankreich mit 2 859 988, an dritter England mit 2 280 527, an vierter die Vereinigten Staaten mit 1 594 234 Kronen.

Ompeda f. Gestern nacht verstarb in München nach längerem schweren Leiden der bekannte Schriftsteller Georg Freiherr von Ompeda im 69. Lebensjahr.

Die Schuldenverhandlungen

Deutsche Darlegungen in Basel

Auf der Sitzung des Beratenden Sonderausschusses in Basel am Donnerstag gab Ministerialdirektor Graf Schwerin-Kraus ein Exposé über die deutsche Etatlage. Die Einnahmen im Etatjahr 1932/33 schätzte der deutsche Sachverständige auf 7,2 Milliarden, wenn man die Mindereingänge an Steuern von ungefähr 600 Millionen in Anrechnung bringe. Durch die Notverordnungen seien etwa vier Milliarden Reichsmark Ersparnisse im Reich, Ländern und Gemeinden erzielt worden. Zu den sehr ausführlichen Darlegungen, die großen Eindruck machten, wird Deutschland noch ein ergänzendes Memorandum überreichen.

Reparationen und Kriegsschulden

Präsident Hoover legte dem amerikanischen Kongreß ein Sonderbotschaft vor, die sich mit auswärtigen Angelegenheiten befaßt und die Notwendigkeit einer baldigen Neuregelung des ganzen Kriegsschuldenproblems betont. Es sei sehr dringlich, soweit Zahlungen an Amerika am 15. d. M. fällig seien, durch ein Gesetz den Finanzminister zum Anschluß dieser Raten und ihrer Abzahlung im Laufe von 10 Jahren zu ermächtigen. Es sei klar, daß einige Regierungen nicht imstande sein würden, weitere Zahlungen in vollem Umfang zu leisten. Deshalb müßten in einigen Fällen noch weitere einseitige Neuregelungen getroffen werden. Er empfehle aus diesem Grund die Wiedererrichtung der Kriegsschuldenkommission, die diese Frage prüfen solle.

Die Reiter aus Washington melden, hat die französische Regierung der amerikanischen Regierung formell mitgeteilt, daß eine Revision der Reparationsverpflichtungen von einer entsprechenden Herabsetzung der Kriegsschulden begleitet sein müßte.

Neue Steuern in Amerika

Präsident Hoover hat am Mittwoch dem amerikanischen Kongreß seine angekündigte große Finanzvorlage überreicht, in der neue Steuern zur Abdeckung des gewaltigen neuen Fehlbetrages im amerikanischen Haushalt vorgesehen sind. Der Fehlbetrag dürfte im Laufe der Jahre 1931/33 insgesamt 4442 Millionen Dollar erreichen.

Als Ausgleich sind folgende Steuermaßnahmen vorgesehen: die Erhöhung der Einkommensteuer von 1%, 3 und 5 v. H. auf 2, 4 und 6 v. H. Der Steuerzuschlag für die hohen Einkommen wird um 100 v. H. erhöht. Die untere Steuergrenze wird herabgesetzt, die Körperschaftsteuer und die Grundbesitzsteuer werden auf den Stand des Jahres 1921 erhöht. Ferner werden Sondersteuern auf Kraftwagen, Rundfunkanlagen, Grammophone und ihre Zubehör eingeführt. Die Zigaretten- und Vergnügungssteuer werden gleichfalls erhöht. Alle diese Steuererhöhungen stellen, wie Hoover betonte, Notmaßnahmen dar, die spätestens im Juli 1934 wieder fortfallen sollen.

Kurze Nachrichten

Eine Fraktionslösung der Wirtschaftspartei im Reichstag kam zu dem Ergebnis, daß die große Mehrzahl der neuen Bestimmungen angeht, die der Wirtschaftspartei erträglich sei. Die sog. Wapen-pauschalierung sei imstande, dem Gewerbe die Erhöhung der Umsatzsteuer erträglich zu machen.

Preußen plant eine Schlachtsteuer. Die preussische Regierung plant die Einführung einer Schlachtsteuer nach bayerischem Muster. Gegen die Einführung dieser Steuer erhebt das Fleischergewerbe Einspruch.

Die Werkspionage bei J. G. Farben. In der Werkspionageangelegenheit, die seit März d. J. die Staatsanwalttschaft Frankenthal beschäftigt, ist jetzt die Anklage gegen sieben ehemalige Arbeitnehmer verschiedener Werke der J. G. Farbenindustrie erhoben worden. Die Hauptverhandlung beginnt in der kommenden Woche vor dem Erweiterten Schöffengericht in Frankenthal.

Dr. Gerete erkrankt. Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Reichstagsabgeordneter Dr. Gerete, ist an einer Nierensteinkolik erkrankt und wird sich in der nächsten Zeit von den politischen und kommunalpolitischen Arbeiten fernhalten müssen.

Im Völkerverbundrat wurde in Paris der Resolutionsentwurf zum Mandatsstreit zwischen Japan und China nur mit Vorbehalt angenommen. Bei der Abstimmung wurde der Entwurf dann einstimmig angenommen. Nach Schlußansprachen wurde die Ratstagung geschlossen. — Staatssekretär Stimson äußerte, daß der Beschluß des Völkerverbundesrats einen bestimmten Fortschritt darstelle, die endgültige Lösung aber auf einer Verständigung zwischen China und Japan beruhen müsse.

Revolutionäre Unruhen in ganz Peru halten an. Regenerungsgruppen sahen sich zum Einschreiten sowohl im Süden wie im Norden des Landes veranlaßt.

kleine Chronik

In Neustadt a. S. starb der pensionierte 84 Jahre alte Postbeamte Karl Fischer nach langem schweren Leiden. 1923 war er in Lambrecht bei Ausübung seines Postdienstes durch separatistisches Gesindel schwer verletzt worden. Im Laufe der Jahre trat eine vollständige Lähmung ein, von der nun der Tod Fischer erlöste.

In Oberwehren bei Kassel wurde die 77jährige Försterswitwe Elise Rösel in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Da die Leiche eine kleine Stichwunde aufweist und außerdem eine Geldbörse in der Wohnung fehlen soll, nimmt man an, daß die Greisin ermordet worden ist.

In Berlin drangen nach einer Mitteilung der Polizei heute nacht Mitglieder eines nationalsozialistischen Sturmtrupps in ein Kaffeehaus in der Kördl. Friedrichstraße ein und gaben mehrere Schüsse ab, die jedoch niemand verletzte. Die Angestellten setzten sich sofort zur Wehr. Dabei wurde ein Angehöriger der NSDAP durch einen Schlag mit einem Bierglas verletzt. 15 Personen wurden festgenommen.

Vor der Berliner Universitätsklinik liegt der 25jährige Charlottenburger Kaufmann Danz, der nachts dem Alkohol zugesprochen hatte, morgens mit einem Messer, der sich zur Arbeit begeben wollte, Streit an und bedrohte ihn mit einer Schußwaffe. Als nun eine Angestellte der Klinik am Fenster erschien, wurde sie von dem wild um sich schleichenden Kaufmann am Kopfe getroffen und lebensgefährlich getroffen. Danz gab auch Schüsse auf die Polizeibeamten ab, die ihn festnahmen.

In Berlin begann der Prozeß gegen den Briefträgermörder Reins.

Auktionshaus Schwer Kreuzstr. 3, Eingang Zirkel, Tel. 4852
Größte Auktionshalle am Platze.

Samstag, 12. Dez., vorm. 1/11 und nachm. 1/3 Uhr, gelangen zur Versteigerung: Blüthner-Flügel, Klavier, Harmonium, Grammophone, Banjo, stilles Speisezimmer, weißes Tochterzimmer, alt. Wasch-Toilette, Standuhr, Garten-Garnitur und vieles andere mehr. • Regelmäßige Versteigerungen.

Süddeutsche Zuder AG, Mannheim. Der Aufsichtsrat hat am Donnerstag beschlossen, der Generalversammlung am 8. Januar 1932 für das am 31. August 1931 beendete Geschäftsjahr vorzuschlagen, auf den Reingewinn von 4.294.095 M eine Dividende von 8 Proz. auf die Stammaktien und 4 Proz. auf die Vorzugsaktien zu verteilen und den um 87.544 M auf 1.198.095 M erhöhten Gewinnrest auf neue Rechnung vorzutragen.

Staatsanzeiger

Lebensrettung.
Dem Schiffer Philipp Jakob Bastian in Mannheim, Lafenstr. 20, welcher am 11. Juli 1931 den 5 Jahre alten Walter Straßbüchel aus Mannheim durch mutiges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Verbindungskanal gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung aus.
Mannheim, den 8. Dezember 1931.
Der Landeskommissar:
Scheffelmeyer.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:
Kanzleiaffistent Jakob Geß beim Amtsgericht Mannheim zum Kanzleisekretär.

Verteilt:
Amtsgerichtsrat Arthur Roth in Pöggendorf nach Waldkirch, Aufseher Franz Bog beim Jugendstift Sinsheim in Sinsheim zu den Strafanstalten in Mannheim.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:
Landgerichtspräsident Karl Jäckle in Konstanz auf 1. März 1932, Amtsgerichtsrat Max Hornung in Waldkirch auf 1. Juli 1932.

Zur Ruhe geht:
Kanzleiaffistentin Berta Leibbrand beim Notariat Durlach bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit

Literarische Neuerscheinungen

Werner Scheff: Die verlorene Nacht. Roman. (Leipzig, Giese & Beder Verlag, 267 Seiten, kartoniert 3,50 M, in Ganzleinen 5,50 M.) — Fälle von Amnesie (Gedächtnisverlust) sind von jeher beobachtet worden, niemals aber so häufig wie seit dem Weltkrieg. Werner Scheff, einer großen Lesergemeinde seit langem als ausgezeichnete Erzähler bekannt, behandelt in diesem seinem jüngsten Roman einen solchen Fall in wirkungsvoller Weise. Der bedeutende Schauspieler Gre-

gor Süring verliert durch eine starke seelische Erschütterung und eine Kopfverletzung die Erinnerung an jene Nacht, in der ihn dieses Verhängnis ereilte. Die Umwelt des Theater- und Kinobetriebs ist sehr lebenswahr geschildert. Alles in allem: ein glänzender Unterhaltungsroman.

Gottfried Kählert: Der tödliche Sommer. Ein Buch von Liebe, Tod und Leben. (Ganzleinen 4,85 M. Frundsberg-Verlag G. m. b. H., Berlin.) — Dieses Buch, das in vier Erzählungen von den uralten und doch immerwährend neuen Dingen dieser Welt, von Liebe, Tod und Leben handelt, gleicht symbolisch gesehen, in seinen vier Stücken dem Ablauf des ewigen Jahres. Stets sind Natur und Mensch, Ding und Symbol zu einer starken Einheit verbunden. So wird dieses Buch zu einem dichterischen Werk, das uns ebenso erschüttert und nachdenklich stimmt wie es uns erfreut und erhebt.

Walter von Hollander: Komödie der Liebe. Eine beinahe tragische Ehegeschichte. In Reinen geb. 5 M. (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin.) — In diesem Roman geht es um Sein oder Nichtsein einer Ehe von zwei klugen, zwei geschulten, zwei vernünftigen Gatten; es geht darum: wie aus Eifersucht und Mitleid eine Liebe werden kann. Ein prächtiger Kamerad die Frau; sie übernimmt die Verantwortung für das Leben des Mannes, den sie liebt.

Rudyard Kipling: Wie spricht der Hund? (Paul List, Verlag, Leipzig.) — Wie wir hier unmittelbar in die kleine schwarze Seele des struppigen Scotch Terrier schlüpfen, so werden wir, wie wir ihn selber reden hören mit seiner dem Menschlichen abgelauschten, ins „Hundische“ verwandelten Kleinfingersprache, wie wir uns werden mit seinem Weiterleben „von unten herauf“, mit seinen Freuden und Leiden: Spaziergang, Kessen, Spiel, Jagd, Kampf und Freundschaft — mit seinen rührenden Ängsten vor der dunklen großen Bedrohlichkeit aller Kreatur — das alles ist zum Entzücken echt und warm in seinem Humor und seiner Wehmut für jeden Hundefreund und jeden fühlenden Menschen. Ein Buch, wie es nur ein in höchster Reife stehender, tief gütiger Dichter schreiben konnte, der schon mit halbem Jenzenseitblick auf diese Welt und ihre rätselhaft in Mensch- und Tiergestalt gebannten Geschöpfe blickt. Ein Buch, so leicht und natürlich hingeflossen, daß jedes Kind seine helle Freude daran haben kann, und so lächelnd Weisheit voll, daß der Gereifte sich darüber verstimmen mag. Die Freundschaft zwischen dem kleinen schwarzen Stief und dem großen Jagdhund Roland gehört zum Innigsten und zugleich Humorvollsten, was es in aller Literatur gibt.

Deffes Musikerkalender, 54. Jahrgang 1932, 3 Bände, 2200 Seiten. Preis 10 M. Max Deffes Verlag, Berlin-Schöneberg. — Der „Vereinigte Kalender Heffe-Stern“ geht in diesem Jahre zum 54. Male in die Welt hinaus. Daß der neue Jahrgang des berühmten Handbuchs der musikalischen Welt auch diesmal besonders verbessert und vermehrt erscheinen würde, war vorauszuversagen. Dieser ist ein Umfang von 2200 (1) Seiten erreicht. Band I (Notizbuch) ist in Ganzleinen gebunden und enthält auf Schretpapier ein vollständiges Kalenderium bis 31. Dezember 1932. Band II und III (Adressbände) enthalten alles Wissenswerte über das Musikleben in

mehr als 580 Städten des In- und Auslandes: Konzertdirektionen, Vereine, Stiftungen, Zeitungen, Regensenten, Musikverleger, alphabetisches Verzeichnis der konzertierenden Künstler nach Fachgruppen. Der Städteenteil umfaßt außer Deutschland fast ganz Europa und Amerika. Nach tausenden gählenden Adressenverzeichnis bekannter Künstler, Pädagogen usw. uft. Einer Empfehlung bedarf der „Deffe“, an dem, wie im Vorwort ersichtlich, hunderte bekannter Musikerpersönlichkeiten mitarbeiten, um gemeinsam mit dem Verlag dieses Handbuch der Musikwelt zu schenken, überhaupt nicht mehr. Auch der neue Jahrgang, der angedachts seines überreichen Inhalts äußerst preiswert ist, wird jedem unentbehrlich sein, der irgendwie zum Musikleben in Beziehung steht.

Weihnachtsbücher für die Jugend

Elfe Bibel: Die Nordbergmädel. 264 Seiten mit 24 Einheitsbildern von Schulze-Görlich. (Neuener, 36. Band der Kränzchen-Bibliothek. In Reinen 3,80 M, Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart.) — Die Nordbergmädel sind ein innerlich und äußerlich gesund und gerade gewachsenes Völkchen munterer junger Menschenkinder, das in der Ungebundenheit eines Gutshofes in den bayrischen Vorbergen aufwächst. Die neue Zeit dringt auch in diesen kleinen Kreis behüteter und umzogter Jugend, deren Lebensweg oft mit dem abenteuerlichen Geschehnis ihres Freundestreiches verknüpft ist. Der gute moderne Inhalt und die schöne Form empfehlen das Buch als Festgabe, die bei allen jungen Mädchen Anklang finden wird.

Gebrüder Grimm Märchen, 2. Folge. 94 Seiten mit einem farbigen Titelbild und einem farbigen Dedenbild von Paul Deh, sowie 11 Textillustrationen von Robert Weise. (Gebunden 2 M.) — Der bekannte Jugendschriftenverlag der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart gibt zu einem erstaunlich geringen Preis neue Ausgaben der Märchen von Andersen, Grimm, Kautz und Bechstein heraus. Die Bände zeichnen sich durch klaren Ausdruck aus. Besondere Erwähnung verdient der Band von Bechstein, der in einer modernen Moderschrift gedruckt ist. Durch ihre vielen, teils farbigen Bilder werden die schon gebundenen Bücher den kleinen Lesern große Freude bereiten.

Gustave Aimard: Antinahel, der Großhändler der Kranken. Eine Erzählung aus den Kämpfen der Roten und Weißen im Lande der Aukas. Mit 4 Bildern. (Neuener Band der Union-Jugendbücherei. In Reinen 2,80 M, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.) — Witten hinein in die Kämpfe und Bündnisse der eingewanderten Weihen mit eingeborenen Indianerstämmen führt diese Erzählung. Die schönsten und verwegenen Abenteuer aus Winnetous und Lederstrumpfs Zeiten werden wieder lebendig. Mit dieser Schilderung kann G. Aimard gut neben Cooper, dem Meister der Indianergeschichte, bestehen, und sein Buch wird manchem begeisterten Anabenerhergen die kommende Winterzeit verkürzen. Die vorliegende Neuausgabe, im Rahmen der Union-Jugendbücherei erschienen, entspricht den heutigen Ansprüchen nach moderner Ausstattung und billigem Preis durchaus.

Den Qualitäts-



Koffer

in jeder Preislage

Die geschmackvolle und solide

Damen-Tasche

in prima Vollrindleder schon von **2,50** an

Brieftaschen prima Vollleder	2,50	Aktenmappen prima Vollrindleder	5,75
Schreibmappen	11,-	Schulranzen	7,50
Reise-Necessaires in Vollrindl.	6,50 7,- 7,50	Einrichtungskoffer prima Vollrindleder	25,-

Alles Qualitätsware und größte Auswahl

KOFFER-MÜLLER

Karlsruhe
Waldstraße 45

Eigene Kofferfabrik und Reparaturwerkstätte

Sonntag geöffnet von 11-6 Uhr

L. 622



Ginner

Weihnachts-Bock-Bier

im Ausverkauf in allen Ginner-Lokalen

L. 621

BADISCHE LICHTSPIELE

KONZERTHAUS

Ab Freitag und folgende Tage je 20³⁰ Uhr, Sonntags nur 16 Uhr

Henny Porten - Ernst Deutsch

in dem herrlichen Filmwerk aus den sechziger Jahren

Das alte Gesetz

Großes Orchester unter Leitung von Kapellmeister FRITZ BRAUN
Konzerteinlage: Abu Hassan v. K. M. v. Weber
Preise: —,60, —,80, 1,00, 1,40 RM. Jugendliche zugelassen

Durch Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 5. Dezember 1931 Nr. 109261 ist dem Georg Gensheimer die Erlaubnis erteilt worden, bis zum 31. Dezember 1932

- in Karlsruhe, Zirkel 30, gewerbsmäßige Wetten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschießen oder zu vermitteln.
- sich seiner Ehefrau Marie geb. Gold und des Büroangestellten Karl Friedrich Mayer in seinem Geschäft, Zirkel 30, zum Abschluß und zur Vermittlung von Wetten (Buchmachergehilfen) zu bedienen.

R. 743
Karlsruhe, den 9. Dezember 1931. D.-Z. 69
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

B. 460. Karlsruhe. Über das Vermögen des Karlsruher Elektrizitätsgesellschaft m. b. H. in Karlsruhe, Herrenstr. 4, wurde heute nachm. 16.35 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Rechtsanwalt Dr. Theodor Buh in Karlsruhe, Kaiserstr. 162. Vergleichstermin ist am: Donnerstag, den 7. Januar 1932, vormittags 9 1/2 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 6, 2. Stod, Zimmer 139. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 8. Dezember 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

B. 461. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Brüdner in Karlsruhe, Schützenstr. 47, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die

nicht verwertbaren Vermögensgegenstände und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschuhmitglieder, sowie zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten bevorrechtigten Forderung Schlußtermin bestimmt auf: Montag, den 4. Januar 1932, vormittags 10 1/2 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. Stod, Zimmer Nr. 253, Karlsruhe, den 4. Dezbr. 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

R. 744. Karlsruhe. Im Konkurs über das Vermögen des Otto Brüdner, Baubeschläge an Gros, Karlsruhe, Schützenstr. 47, soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind nach Befriedigung der festgestellten bevorrechtigten Forderungen noch 4982,23 RM. verfügbar. Zu berücksichtigenden sind gewöhnliche Konkursforderungen im Gesamtbetrag von 128 973,21 RM. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle Abt. 1 des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht aus. Karlsruhe, den 11. Dezember 1931. Der Verwalter: Carl Nagel.



Badisches Landestheater

Samstag, 12. Dez. 1931

Nachmittags:
Neu einstudiert

Der gestiefelte Kater

Märchenpiel von Emil Alfred Hermann
Dirigent: Stern
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Ewig, Genier, Seiling, Brand, Ernst, Perz, Höder, Kienscher, Kubne, Luther, Rehner, S. Müller, Prüter, Schulze, S. Müller, Sindemann, Nagel

Anfang 15 Ende 17
Preise: 0,50—2,20 RM

Abends:
* E 10 Th.-Gem. 501—600

Hänsel und Gretel

Märchenpiel von Humperdinck
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Bruschka

Mitwirkende:
Fanz, Wiant, Haberborn, Seiberlich, Janz, Müllich, Löfer

Hierauf:
Die Puppenfee
Ballet von Joseph Bayer
Dirigent: Keilberth
Spielleitung: Kuhlmann

Mitwirkende:
F. Klfian, Krager, Kuhlmann, Seiling, Lubach, Kainbach, F. Klfian, Sindemann, Luther, S. Müller, Nagel, S. Minimus, J. Sonntag, das Ballett, die Kinoballettschule

Anfang 20 Ende 22 1/2

So. 13. 12. Nachmittags: Der gestiefelte Kater. Abends: Neu einstudiert: Dillolo. Im Konzerthaus: Dillolo.

Durlach. R. 739
Güterrechtsregister. Eingetragen am 7. Dezember 1931: Weith Karl, Malermeister in Jöhlingen und Sofie geb. Faby. Vertrag vom 16. November 1931: Gütertrennung.
Amtsgericht.

Schwetzingen. R. 742
Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 6: Klud Hans, Schlosser in Pfalzstadt und Martha geb. Wern. Vertrag vom 21. November 1931: Gütertrennung.
Schwetzingen, 8. Dez. 1931.
Bad. Amtsgericht I.

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger